Qualitätsstandards demokratischer Schulen im nationalen und internationalen Legitimationskontext

Einführende Bemerkungen zur Fachtagung „Qualitätsstandards demokratischer Schulen" im LISUM am 23./24.3.12

Der französische Politologe Pierre Rosanvallon weist in seinem Buch über die demokratische Legitimität[1] darauf hin, dass sich etwa mit den 1980er Jahren ein neues Zeitalter der Legitimität auftut. Das Verwaltungshandeln ist ständig Gegenstand öffentlicher Diskurse, und der Staat muss sich rechtfertigen. Es gibt einen neuen gesellschaftlichen Wertekonsens in Bezug auf die öffentlichen Angelegenheiten. Legitimität ist auch eine Frage der Unparteilichkeit, der Pluralität, der Transparenz und der Zugänglichkeit. Die Verleihung des Prädikats „demokratisch" ist in der aufgeklärten, selbstbewussten Aktivbürger-Republik an neue, anspruchsvollere Bedingungen gebunden. Einfach „automatisch demokratisch" per Beschluss – das ist passé. Eine viel größere Zahl von Akteuren bewegt sich auf der politischen Bühne. Die Mitwirkung von Nichtregierungsorganisationen an der Politikgestaltung ist heute selbstverständlicher denn je.

Wäre dem nicht so, säßen wir hier kaum in dieser Form zusammen. Erst vor dem Hintergrund internationaler demokratischer Umbrüche und der neuen deutschen Bürgerbeteiligung bekommt unsere alte Lieblings-Frage neue Durchschlagskraft: Wie demokratisch ist eigentlich die Schule dieser Republik? Ist sie ein Ort, an dem die kommenden Generationen der Demokratinnen und Demokraten eine Identität als politischer Mensch erwerben und erfahren, dass eine Vita activa dem Leben Sinn, Erfüllung und Genuss gibt?

Martina Diedrich, die Leiterin der Hamburger Schulinspektion – die es sehr bedauert, heute nicht bei uns sein zu können – sagt völlig zu Recht: Manchmal geht es in eurem Katalog um die demokratische, manchmal um die demokratiepädagogische Schule, ohne dass ihr das explizit unterscheidet.

Das stimmt – eine gute Anregung zur Überarbeitung unseres Entwurfs! Zur Klärung vielleicht erstmal nur soviel: Wenn wir „demokratische Schule" sagen, meinen wir das Umfassende – die legitimierte Verfasstheit, die Struktur, die Verfahren, den Ort. „Demokratiepädagogik" setzt dies voraus, meint aber außerdem spezifischer die Subjektbeziehungen in Unterricht und Schulleben, die Praxis und die pädagogische Professionalität. „Demokratiepädagogisch" inkludiert also „demokratisch".

Beides steht für uns als elementare Voraussetzungen guter Schule auf dem Prüfstand. Unser Gütebegriff ist also nicht aseptisch oder technokratisch - es gibt solche Qualitätsbegriffe ja durchaus - sondern normativ. Das ist in dieser Sache leider kein Pleonasmus!

Selbst wenn wir nichts weiter in der Hand hätten als die OECD Key Competencies von 2002, die Basis aller PISA-Studien, könnten wir unsere Schulen fragen: Wie und wo lernen bei euch die Kinder und Jugendlichen, in der heteronomen Gegenwartsgellschaft

[1] Pierre Rosanvallon: La légitimité démocratique. Editions du Seuil 2008.

gedeihliche Beziehungen aufzubauen und einen eigenen Lebensentwurf zu verwirklichen? Seit zwei Jahren haben wir jedoch ein noch stärker legitimiertes Instrument zur Verfügung: die Council of Europe Charter Education for Democratic Citizenship and Human Rights. Dieser Tagung liegt der Fragebogen an die Regierungen der 47 Mitgliedsstaaten vor, mit dem erste Fortschritte bei der Charter-Umsetzung bis zum Juni evaluiert werden sollen. Ende November findet dazu in Straßburg eine CoE-Konferenz statt.

Ich rate dringend dazu, sich mit Kernaussagen dieser Charter zu munitionieren, damit sie auch in Deutschland ihre legitimatorische Kraft entfalten kann. Denn in der Schul- und schulpolitischen Praxis tun sich fruchtbare Legitimationskonflikte auf, die in Rasonvallons Sinne zur Praxis einer neuen Demokratie gehören. Ich kann in einem Landtagsausschuss die Regierungsmehrheit fragen, ob sie wirklich glaubt, dass es demokratieförderlich ist, wenn die Eltern oder Schüler in der Gesamtkonferenz der Schule am Katzentisch sitzen müssen. Das ist zunächst eine schlichte Frage an die Vernunft. Es ist aber auch eine Frage nach der Demokratiequalität des Landesschulgesetzes. Echt quälend aber wird es erst, wenn ich den Verteidigern alter Zustände den Passus 8 Section III der EDC-Charter vorhalten kann, weil er in offenkundigem Widerspruch zur eigenen Schulpraxis steht. In diesem Passus geht es um die „democratic Governance“.

Wenn wir prinzipiell von der argumentativen Zugänglichkeit unserer politischen Gesprächspartner überzeugt sind, dann werden wir etwas erreichen, wenn ihnen das Legitimationsproblem ihrer bisherigen Handlungsgrundlage bewusst wird. Die Erkenntnis, unter einem Gesetz zwar legal, aber pädagogisch kontraproduktiv und im Gegensatz zu internationalen Vereinbarungen und Expertisen zu handeln, befördern wir dann am besten, wenn wir als demokratiepädagogische Akteure aufgeschlossene Partner in der Politik finden. Längst haben wir Ministerinnen und Minister, Staatssekretäre, Spitzenbeamte, aber auch Fach-JournalistInnen und zahlreiche NGOs auf unserer Seite. Wir arbeiten daran, dass es mehr werden, und hoffen auf Ihre Unterstützung.

Unser Merkmalskatalog ist, so betrachtet, auch ein Beitrag zur Realisierung der Europarats-Charta. Er verdient es, in den politischen und administrativen Diskurs eingeführt zu werden.

Kurt Edler

Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V.
Council of Europe Coordinator Education for Democratic Citizenship and Human Rights
Kontakt: edler@degede.de